

Aktionsplan zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Am 8. November 2017 verabschiedete die Kommission ein Paket für saubere Mobilität. Dazu gehören Legislativvorschläge, mit denen der Übergang zu emissionsarmen und -freien Fahrzeugen beschleunigt werden soll, und eine Mitteilung über einen Aktionsplan und Investitionslösungen für die europaweite Einführung einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Die Kommission wird diesen Aktionsplan dem Parlament im Rahmen der Plenartagung im März vorlegen.

Hintergrund

Mit der Richtlinie [2014/94/EU](#) über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Pläne für den Aufbau von Märkten für alternative Kraftstoffe und die entsprechende Infrastruktur zu erstellen und diese Pläne der Kommission binnen zweier Jahre nach der Verabschiedung der Richtlinie vorzulegen. In der Richtlinie ist ferner vorgesehen, dass gemeinsame technische Spezifikationen für Ladepunkte und Tankstellen verwendet werden. Zudem wird der Weg für eine angemessene Verbraucherinformation und den Vergleich zwischen den Preisen für alternative Kraftstoffe geebnet. Für die Umsetzung werden in der Richtlinie je nach Kraftstoff und Infrastruktur unterschiedliche Fristen (2020, 2025 bzw. 2030) gesetzt.

Aktionsplan der Kommission zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Mit dem [Aktionsplan](#) aus dem Jahr 2017 sollen die Hauptziele der Richtlinie aus dem Jahr 2014 ergänzt und gestärkt werden. Er enthält auch die Bewertung der nationalen Pläne, die der Kommission übermittelt wurden. In dem Aktionsplan wird darauf hingewiesen, dass 95 % der Fahrzeuge auf den Straßen herkömmliche Kraftstoffe verwenden und es in der EU also zu wenig Fahrzeuge gebe, die alternative Energien nutzen. Dies gelte auch für Wasserfahrzeuge. Es werden daher Maßnahmen angeführt, die erforderlich sind, um bis 2025 ein Kernnetz einer europaweiten Infrastruktur für alternative Kraftstoffe zu schaffen. Die nationalen Pläne wiesen in Bezug auf Vollständigkeit, Kohärenz und Ambition große Unterschiede auf. Im Allgemeinen seien sie zu kurz gefasst, was Elektrofahrzeuge und entsprechende Ladepunkte angeht. Dem Aktionsplan zufolge muss unbedingt die Infrastruktur in städtischen und vorstädtischen Gebieten ausgebaut werden, auf die das Gros der Kraftfahrzeugnutzung entfällt.

Es werden verschiedene Wege aufgezeigt, wie öffentliche und private Investitionen in die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe gesteigert werden können. Dazu gehört auch die Empfehlung, die EU-Finanzmittel besser zu nutzen, etwa im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa, des Forschungs- und Innovationsprogramms „Horizont 2020“, der [Fazilität „Connecting Europe“](#) (für die die Kommission 2018 zusätzliche 800 Mio. EUR für Investitionen in die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in Aussicht gestellt hat) und der Instrumente der Kohäsionspolitik. In dem Aktionsplan wird überdies darauf eingegangen, wie Maßnahmen in städtischen Gebieten gefördert, Verbraucher stärker eingebunden, Elektrofahrzeuge in das Stromnetz integriert und neue Fragestellungen gemeistert werden können.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Das Parlament schlug in seiner Initiativentschließung vom 15. Dezember 2015 zu dem Thema „[Wege zu einer europäischen Energieunion](#)“ einen ökologisch nachhaltigen Energiemix für die europäischen Verkehrssysteme vor. Es sprach sich zudem dafür aus, dass der Einsatz unterschiedlicher erneuerbarer Energiequellen begünstigt wird, und fordert, stärker auf die Entwicklung und Einführung von Elektromobilität im Straßenverkehr hinzuwirken. In seiner Initiativentschließung vom 19. Januar 2017 zur [Logistik in der EU und](#)



[zum multimodalen Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren](#) fordert das Parlament die Kommission auf, „den verbreiteten Einsatz von mit Strom oder alternativen Kraftstoffen betriebenen Verkehrsträgern und den Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur im gesamten TEN-V-Netz voranzutreiben (...) sowie die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und den Aufbau der dafür erforderlichen Infrastruktur zu fördern“. Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr arbeitet derzeit einen [Bericht](#) über das Thema: „Europa in Bewegung – Agenda für die künftige Mobilität in der EU“ (Berichtersteller: István Ujhelyi, (S&D, Ungarn), [2017/2257\(INI\)](#)) aus, der im Sommer 2018 erörtert werden soll.

Die Kommission wird im März auf der Plenartagung des Parlaments eine Erklärung zu ihrem Aktionsplan zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe abgeben.